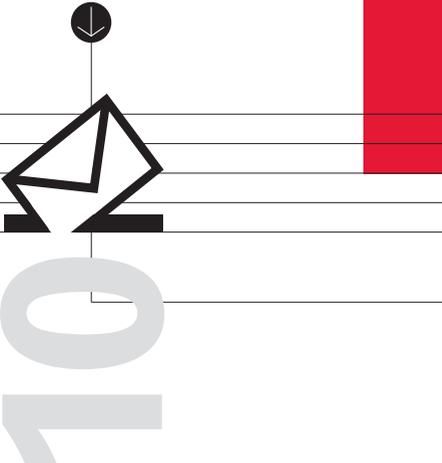




Stadt Bern

**Botschaft des Stadtrats  
an die Stimmberechtigten**

**Gemeindeabstimmung  
vom 7. März 2010**



**7. März**

**Initiative «Für eine sichere  
Stadt Bern» und Gegenvor-  
schlag des Stadtrats**

**Feuerwehrstützpunkt  
Forsthaus West: Neubau;  
Baukredit**

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
Initiative «für eine sichere Stadt Bern» und Gegenvorschlag des Stadtrats	3
Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West: Neubau; Baukredit	15

## **Initiative «Für eine sichere Stadt Bern» und Gegenvorschlag des Stadtrats**



# Initiative und Gegenvorschlag

Am 4. April 2008 reichte das Komitee «Für eine sichere Stadt Bern» die gleichnamige Volksinitiative mit 5 238 beglaubigten Unterschriften ein. Die Initiative verlangt eine Änderung beziehungsweise Ergänzung von Artikel 10 der Gemeindeordnung (siehe Seite 5). Der Gemeinderat hat sie am 7. Mai 2008 für formell und materiell gültig erklärt. Nun wird sie den Stimmberechtigten zusammen mit einem Gegenvorschlag des Stadtrats zum Entscheid unterbreitet. Beide Vorlagen können je einzeln bejaht oder abgelehnt werden. Werden sowohl für die Initiative als auch für den Gegenvorschlag mehr Ja- als Nein-Stimmen abgegeben (doppeltes Ja), gilt diejenige Vorlage als angenommen, die bei der Stichfrage mehr Stimmen erzielt.

Inhalt	Seite
Das Wichtigste auf einen Blick	5
Sicherheit in der Stadt Bern	6
Was die Initiative verlangt	7
Stellungnahme des Initiativkomitees	8
Die wichtigsten Argumente gegen die Initiative	9
Gegenvorschlag zur Initiative	10
Die Initiative und der Gegenvorschlag im Vergleich	11
Was geschieht nach der Abstimmung?	12
Mehrheits- und Minderheitsstandpunkte im Stadtrat	13
Antrag	14

## Mehr Informationen

Eine Abstimmungsbotschaft kann nur summarisch orientieren. Wer detailliertere Informationen zum Thema Sicherheit und Polizeiarbeit in der Stadt Bern wünscht, wende sich an das

**Generalsekretariat der  
Direktion für Sicherheit  
Umwelt und Energie  
Nägeligasse 2  
Postfach, 3000 Bern 7**

**Tel.: 031 321 50 05  
E-Mail: [sue@bern.ch](mailto:sue@bern.ch)**

# Das Wichtigste auf einen Blick

**Die Initiative «Für eine sichere Stadt Bern» verlangt, die sichtbare Polizeipräsenz im Stadtgebiet und die polizeiliche Gewaltprävention erheblich zu verstärken und dies in der Gemeindeordnung mit einer konkreten Stundenzahl festzuschreiben. Der Stadtrat unterbreitet den Stimmberechtigten dazu einen Gegenvorschlag.**

Per 1.1.2008 erfolgte die Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei. Seither kauft die Stadt die Leistungen im Bereich der Sicherheits- und Verkehrspolizei beim Kanton ein. Dafür bezahlt sie der Kantonspolizei gemäss dem sogenannten Ressourcenvertrag jährlich 28,3 Mio. Franken plus Teuerung. Die Stadt Bern weist damit die höchsten Sicherheitskosten im Kanton aus.

## Mehr Präsenz und Prävention

Das Initiativkomitee «Für eine sichere Stadt Bern» verlangt einen Ausbau der Sicherheitsleistungen und will diesen in der Gemeindeordnung verbindlich festschreiben. So sollen künftig «mindestens 110 000 Stunden uniformierte sichtbare Präsenz pro Jahr» sowie jährlich «mindestens 25 000 Stunden im Bereich der Gewaltprävention» von der Kantonspolizei geleistet werden. Zum Vergleich: Für die uniformierte, sichtbare Polizeipräsenz wurden in den letzten Jahren jeweils 65 000 Stunden budgetiert.

## Operative Steuerung via Gemeindeordnung?

Eine Verankerung derartiger operativer Vorgaben in der Gemeindeordnung erachten der Gemeinderat und eine Mehrheit des Stadtrats als systemwidrig. Die Gemeindeordnung enthält keine inhaltlichen, finanziellen oder operativen Regelungen. Dies ermöglicht dem Parlament und dem Gemeinderat, auf Entwicklungen zu reagieren und Regelungen bei Bedarf anzupassen. So sind die Anzahl Schulklassen, die Bettenzahlen der öffentlichen

Alters- und Pflegeheime oder die Stellenzahl der Stadtreinigung nicht in der Gemeindeordnung enthalten, obwohl für alle diese Aufgaben ebenfalls ein starkes öffentliches Interesse an genügend Ressourcen für die Leistungserbringung besteht. Als öffentliche Aufgabe müssen auch Sicherheitsleistungen laufend überprüft und den sich verändernden Bedürfnissen angepasst werden. Gegen die Initiative sprechen nach Ansicht des Gemeinderates und einer Mehrheit des Stadtrates zudem finanzielle Gründe. So verursacht das Volksbegehren Zusatzkosten von jährlich 5,8 Mio. Franken.

## Der Gegenvorschlag

Die Systemwidrigkeit und die hohen Mehrkosten veranlassen Gemeinderat und Stadtrat, den Stimmberechtigten einen Gegenvorschlag zur Initiative zu unterbreiten. Dieser sieht einen zeitlich gestaffelten, aber ebenfalls bedeutenden Ausbau der Polizeipräsenz durch Fusspatrouillen der Kantonspolizei vor. Diese präventive Präsenz wird im Jahr 2012 um 10 000 Stunden und ab 2013 um jährlich 20 000 Stunden erhöht. Ausserdem soll das seit Jahren erfolgreiche Projekt für Prävention, Intervention und Toleranz (PINTO) personell um 240 Stellenprozente aufgestockt werden. Dadurch kann es seine sozialen und ordnungsdienstlichen Einsätze in der Innenstadt verstärken und vermehrt auch in die Aussenquartiere ausdehnen. Der Gegenvorschlag kann rascher realisiert werden als die Initiative und garantiert mehr Sicherheit zu tieferen Kosten. So lässt er sich mit Mehrkosten von jährlich 2,2 Mio. Franken umsetzen.

## Abstimmungsempfehlung des Stadtrats

Der Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Initiative «Für eine sichere Stadt Bern» abzulehnen (31 Ja-Stimmen, 39 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen) und den Gegenvorschlag anzunehmen (36 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung).

# Sicherheit in der Stadt Bern

**Sicherheit ist in der Stadt Bern, wie in vielen anderen Städten, ein Dauerthema. Die Diskussionen darüber verlaufen kontrovers, weil objektive Fakten subjektives Empfinden nur beschränkt beeinflussen können.**

Gemäss Kriminalitätsstatistik haben zwar die erfassten Straftaten in der Stadt Bern in den Jahren 2006/2007 insgesamt abgenommen und wieder das Niveau von 1999 erreicht. Die Delikte gegen Leib und Leben dagegen haben zwischen 1998 und 2007 um rund 50 Prozent zugenommen. Ob es sich beim Rückgang der Straftaten insgesamt schon um eine dauerhafte Trendumkehr handelt, kann noch nicht beurteilt werden. Zudem erschweren Änderungen in der Zählweise der Straftaten (Ausrichtung auf die gesamtschweizerische Statistik) Vergleiche mit den Vorjahren.

## Was Befragungen zeigen

In einer internationalen Studie, welche die innere Sicherheit und Kriminalität in 215 grösseren Städten untersuchte, kam Bern hinter Luxemburg auf den guten 2. Platz. Bei den regelmässigen Befragungen der Stadtbevölkerung zur Lebensqualität in Bern wurde 2007 die Kriminalität unter den besonders drückenden Problemen erst an fünfter Stelle genannt – hinter den zahlreichen Baustellen (Bahnhofplatz), dem Verkehr, Abfall und Vandalismus sowie Drogen- und Alkoholproblemen. Und in einer von der Kantonspolizei im August 2008 durchgeführten Erhebung im Stadtteil Länggasse-Felsenau gaben 84 Prozent der Befragten an, sich «sicher» oder «eher sicher» zu fühlen. Diesem an sich positiven Bild steht allerdings entgegen, dass die Situation vor allem an neuralgischen Punkten der Innenstadt von einem Teil der Bevölkerung als unsicher wahrgenommen wird und dass die Toleranz gegenüber Drogenabhängigen und anderen randständigen Menschen offensichtlich abgenommen hat. Schliesslich ist

ganz generell – nicht nur in den Städten – eine qualitative Zunahme der Gewalt zu beobachten, d.h. die Hemmschwelle für gewalttätige Übergriffe sinkt. Der Gemeinderat hat daher bereits im Vorfeld der Polizeifusion Ende 2007 darauf hingewirkt, die uniformierte Polizeipräsenz zu erhöhen.

## Ein Bündel von Massnahmen

Sichtbare Polizeipräsenz, gerade in Problemzonen, kann zweifellos präventiv wirken und das subjektive Sicherheitsgefühl verbessern. Allerdings muss sie von weiteren Massnahmen wie der Bereitstellung sozialer Angebote, verstärkten Anstrengungen zur Verbesserung der Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum und Aufklärungsarbeit begleitet und unterstützt werden. Die Stadt Bern verfolgt einen gesamtheitlichen Sicherheitsansatz und realisiert laufend Massnahmen (Erhöhung der Polizeipräsenz, bauliche Massnahmen, Verbesserung der Beleuchtung, Kampagnen, Quartierprojekte etc.).

## Eine Querschnittsaufgabe

Auch die Gewaltprävention ist eine komplexe Querschnittsaufgabe, der sich neben der Polizei viele andere öffentliche Institutionen (Schulen, Fachstellen, Jugendtreffs) ebenso wie Private (Eltern) zu stellen haben. In der Stadt Bern werden entsprechende Anstrengungen seit Jahren unternommen und nach Bedarf intensiviert, häufig mit innovativen Projekten.

**Polizeipräsenz hilft, ist aber kein Allheilmittel. Erst und vor allem das Zusammenspiel von polizeilichen Massnahmen (Präsenz, Prävention, Repression, konsequentes Verfolgen von Straftaten, etc.) mit den Aktivitäten der Sozialpolitik (Jugendpolitik, Suchthilfe und -beratung, Familien- und Kinderschutzmassnahmen, etc.) vermag nachhaltige Wirkungen zugunsten von mehr Sicherheit und Ordnung zu erzeugen.**

# Was die Initiative verlangt

## **Mit einer Ergänzung von Artikel 10 der Gemeindeordnung will die Initiative «Für eine sichere Stadt Bern» die Präsenz der uniformierten Polizei und die polizeiliche Gewaltprävention in der Stadt Bern stark ausbauen.**

Die Gemeindeordnung enthält zur öffentlichen Sicherheit in Artikel 10 die folgenden Bestimmungen:

- 1 Die Stadt sorgt für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.*
- 2 Sie nimmt aufgrund des übergeordneten Rechts oder von Vereinbarungen weitere polizeiliche Aufgaben wahr.*
- 3 Sie versieht den Wehr- und Rettungsdienst und trifft Vorkehren zur Bewältigung von Katastrophen.*

Die Initiative möchte diesen Aufgabenbereich präzisieren und konkrete Kennzahlen festschreiben. Sie verlangt eine Ergänzung mit dem folgenden Wortlaut:

- 2a Die Stadt bestellt bei der Kantonspolizei*
- a) mindestens 110 000 Stunden uniformierte sichtbare Präsenz pro Jahr, wovon mindestens 40% für die Präsenz und die Gewährleistung der Sicherheit an neuralgischen Stellen verwendet werden.*
  - b) mindestens 25 000 Stunden im Bereich Gewaltprävention pro Jahr.*
  - c) weitere Leistungen.*

## **Seit 1.1.2008 Kantonspolizei**

Auf Anfang 2008 wurde die Stadtpolizei Bern im Rahmen des Projekts «Police Bern» ins kantonale Polizeikorps integriert. Daher trägt seit diesem Zeitpunkt die Kantonspolizei die operative Verantwortung für die öffentliche Sicherheit in der Stadt Bern. Die Stadt kann jedoch, gestützt auf das kantonale Polizeigesetz und den Ressourcenvertrag, den Umfang, die Einsatzschwerpunkte sowie Ziele und Rahmenbedingungen der polizeilichen Tätigkeit im Stadtgebiet

vorgeben und bei veränderter Sicherheitslage geeignete Massnahmen verlangen. Für die von ihr bestellten umfassenden Leistungen im Bereich der Sicherheits- und Verkehrspolizei hat die Stadt der Kantonspolizei jährlich einen Pauschalbetrag von 28,3 Millionen Franken zuzüglich Teuerung zu entrichten. Den Kredit für diese wiederkehrende Ausgabe haben die Stimmberechtigten am 11. November 2007 bewilligt.

## **Mehrkosten von 5,8 Mio. Franken**

Für die Umsetzung der Initiative müsste die Kantonspolizei rund 40 zusätzliche Personaleinheiten einsetzen und der Stadt dafür jährliche Mehrkosten in der Grössenordnung von 5,8 Millionen Franken plus Teuerung verrechnen.

Die Pauschalabgeltung der polizeilichen Leistungen ist im Produktegruppenbudget enthalten, über das die Stimmberechtigten jährlich entscheiden. Im Budget werden auch Vorgaben für die Leistungserbringung formuliert, z.B. für den Umfang der sichtbaren Polizeipräsenz und der präventiven (vorbeugenden) Tätigkeiten. Dabei handelt es sich um Richtwerte, die unter dem Jahr den effektiven Bedürfnissen der sich immer wieder verändernden Sicherheitslage angepasst werden können.

Für die uniformierte Polizeipräsenz wurden in den letzten Jahren rund 65 000 Stunden budgetiert. Für die Prävention liegen nur Schätzungen vor, da vorbeugende Aktivitäten über den Aufgabenbereich der Polizei hinausgehen und insbesondere die Gewaltprävention ganzheitlich und partnerschaftlich (Polizei, Schulen, private Organisationen, etc.) betrieben werden muss.

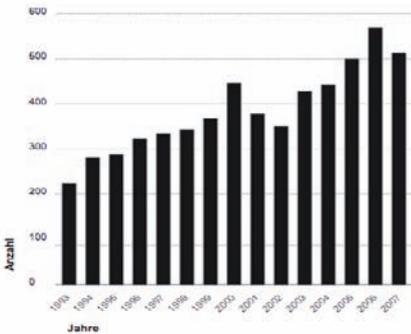
**Klar ist, dass die Forderungen der Initiative sowohl bei der sichtbaren (uniformierten) Polizeipräsenz als auch bei der polizeilichen Gewaltprävention einen massiven Leistungsausbau bedeuten würden.**

# Stellungnahme des Initiativkomitees

**Das Initiativkomitee «Für eine sichere Stadt Bern» begründet die Forderungen seines Volksbegehrens wie folgt:**

**Gewalt nimmt zu.** In der Stadt Bern gibt es immer mehr Gewaltdelikte. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache:

Delikte gegen Leib und Leben Stadt Bern 1993–2007



Quelle: Statistikdienste der Stadt Bern

**Das Inselspital** hat mehrmals darauf hingewiesen, dass die Gewaltverletzungen zahlenmässig zugenommen haben und auch schwerer und lebensbedrohender geworden sind (Kopfverletzungen).

**Polizeibestand seit 27 Jahren nicht mehr erhöht!** Vor 27 Jahren wurde die Polizei in Bern zum letzten Mal verstärkt. In diesen 27 Jahren haben die Aufgaben der Polizei massiv zugenommen: Gewaltdelikte, Demonstrationen, Sportveranstaltungen (Hooligans), häusliche Gewalt etc.

**Initiative: Moderate Erhöhung um 6% – für Präsenz und Gewaltprävention.** Die Initiative verlangt eine Verstärkung der Polizei – gezielt für Präsenz und Gewaltprävention – um total rund 40 Beamte. Das entspricht einer Erhöhung der

Regionalpolizei Bern (Bestand heute: 640) um lediglich 6%. Das ist sehr moderat. Im Initiativtext musste dies systembedingt in «Stunden» angegeben werden, da die Stadt beim Kanton «Stunden» bestellt und nicht «Polizisten».

**Gemeinderat verharmlost die Zustände und macht wirkungslosen Alibi-Gegenvorschlag.**

Seit dem brutalen Überfall in der Postgasse vor sieben Jahren (das Opfer bleibt zeitlebens behindert) wurde im Bereich «Sicherheit» nichts unternommen. Alle entsprechenden Vorstösse hat der Gemeinderat abgelehnt. So blieb nur das Mittel der Volksinitiative. Der Gemeinderat verharmlost den Gewaltnstieg. Der Gegenvorschlag geht viel zu wenig weit und dient primär dazu, die Initiative zu bekämpfen.

**Formaler Aspekt als Hauptargument?** Dies gehöre nicht in die Gemeindeordnung, wird behauptet. Was ist wichtiger: Ein formaler Aspekt oder die Verminderung der Gewaltdelikte? Das Minimum ist verbindlich festzuschreiben, da die rot-grüne Mehrheit dies sonst wieder herabsetzt.

**Sinnvolle Präventionsarbeit stärken.** Die Initiative will nicht nur die Präsenz der Polizei erhöhen, sondern auch endlich die sehr sinnvolle Präventionsarbeit in Schulen, mit Jugendlichen etc. stärken. Diese kam bisher zu kurz. In seinem Gegenvorschlag «vergisst» der Gemeinderat die Prävention.

**Immer noch günstiger als vor 5 Jahren.** Der «Synergiegewinn» von über 6 Mio. Franken aus der Fusion von Stadt- und Kantonspolizei soll zum Teil wieder dorthin zurück, wo er herkommt: In die Sicherheit der Bevölkerung. Auch nach Umsetzung der Initiative wäre so die Polizei in Bern immer noch günstiger als vor fünf Jahren.

# Die wichtigsten Argumente gegen die Initiative

**Gegen die Annahme der Initiative «Für eine sichere Stadt Bern» sprechen vor allem grundsätzliche und finanzielle Erwägungen.**

## **Zu hohe Kosten**

Die Initiative verursacht mit jährlich 5,8 Mio. Franken beträchtliche Mehrausgaben. Schon heute hat die Stadt Bern mit Abstand die höchsten Sicherheitskosten im ganzen Kanton zu tragen: 231 Franken pro Einwohner oder Einwohnerin (Biel: 187 Franken, Thun 88 Franken). Mit der Umsetzung der Initiative würde die Belastung auf 278 Franken pro Einwohnerin oder Einwohner erhöht.

## **Unflexibles System**

Zudem wäre es problematisch, für eine öffentliche Tätigkeit, die laufend überprüft und verändernden Bedürfnissen angepasst werden muss, operative Vorgaben in die Gemeindeordnung aufzunehmen. Die Gemeindeordnung regelt die grundsätzlichen Aufgabengebiete der Stadt und die Zuständigkeiten der Stimmberechtigten, des Parlaments und der Regierung. Hingegen enthält sie keine detaillierten inhaltlichen, operativen oder finanziellen Regelungen. Solche werden in Erlassen des Stadtrats und Gemeinderats festgehalten. Dies ist wichtig, weil die Gemeindeordnung nur mittels Volksabstimmung geändert werden kann und dadurch beständig, aber auch unflexibel ist. Dieses System ermöglicht es dem Parlament und dem Gemeinderat, auf Entwicklungen zu reagieren und Regelungen bei Bedarf anzupassen.

## **Falsche Steuerung**

Die Initiative widerspricht sodann den Steuerungsmechanismen, die im kantonalen Polizeigesetz und im sog. Ressourcenvertrag für die polizeiliche Tätigkeit in der Stadt Bern vorgesehen sind. Danach werden die von der Kantonspolizei

zu erbringenden Leistungen und deren Umfang im Rahmen der Jahresplanung und Schwerpunktsetzung festgelegt, also jährlich auf die zu erwartende Sicherheitslage abgestimmt. Durch eine gesetzliche Fixierung des Mindestumfangs dieser Leistungen würde eine flexible Anpassung an aktuelle sicherheitspolizeiliche Bedürfnisse stark erschwert.

## **Einseitige Fokussierung**

Die Initiative fokussiert bei der Verstärkung der Gewaltprävention einseitig auf quantitative Vorgaben für die Polizeiarbeit. Gewaltprävention lässt sich wegen ihrer Vielschichtigkeit nur schwer in quantitative Vorgaben erfassen. Ausserdem wäre es problematisch, die polizeiliche Präventionstätigkeit von den einschlägigen Bemühungen anderer Institutionen (Schulen, Kirchen, private Organisationen) loszulösen.

## **Nicht isoliert betrachten**

Polizeipräsenz und Gewaltprävention sind zweifellos wichtige Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit; aber sie dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Nur ein kluges Zusammenspiel von polizeilichen und nichtpolizeilichen Aktivitäten garantiert eine nachhaltige Wirkung. Zu einem funktionierenden Sicherheitssystem gehören neben der Tätigkeit der Sicherheitspolizei auch die konsequente Verfolgung von Straftaten, Sensibilisierungskampagnen gegen Vandalismus und Litterung, bauliche und gestalterische Massnahmen im öffentlichen Raum, Prävention in den Schulen sowie Massnahmen in der Drogen-, Asyl- und Jugendpolitik. Schliesslich ist zu berücksichtigen, dass die Ressourcen der öffentlichen Hand begrenzt sind. Der Aufwand für Mehrleistungen im Bereich der Sicherheit muss deshalb in einem angemessenen Verhältnis zu den übrigen Aufgaben der Stadt stehen.

# Gegenvorschlag zur Initiative

## **Als Alternative zur Initiative wird den Stimmberechtigten ein Gegenvorschlag unterbreitet.**

Neben einzelnen als unsicher empfundenen Orten in der Stadt und der gesamtgesellschaftlichen Tendenz zu brutaleren Gewalttaten sind es vor allem von der Norm abweichende Verhaltensweisen wie öffentlicher Drogen- und Alkoholkonsum, organisierte Bettelerei, Littering und Vandalismus, die viele Menschen ängstigen und abstossen. Das verbreitete Unsicherheitsgefühl resultiert vermutlich weniger aus der eigentlichen Kriminalität als aus solchen Störungen des «normalen» Lebens.

Der Gegenvorschlag des Gemeinderats und der Stadtratsmehrheit zur Initiative «Für eine sichere Stadt» setzt deshalb nicht nur auf vermehrte Polizeipräsenz und -arbeit, sondern auch auf eine intensivere Tätigkeit bewährter städtischer Ordnungskräfte mit zusätzlichen Interventionen im niederschweligen Bereich.

## **Mehr Fusspatrouillen**

Gemäss Gegenvorschlag soll die präventiv wirkende Präsenz von Fusspatrouillen der Kantonspolizei im Stadtgebiet im Jahr 2012 um 10 000 Stunden und ab 2013 um 20 000 Stunden jährlich erhöht werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass dieser erhebliche Ausbau der Polizeipräsenz im öffentlichen Raum das allgemeine Sicherheitsempfinden der Bevölkerung nachhaltig verbessert, vor allem in Abendstunden, an Wochenenden und an neuralgischen Orten.

## **Mehr Mittel für Prävention, Intervention, Toleranz (PINTO)**

Ein zweites Element des Gegenvorschlags besteht im Ausbau von PINTO (Prävention, Intervention, Toleranz) um 240 Stellenprozent. PINTO kombiniert aufsuchende Sozialarbeit mit

ordnungsdienstlichen Einsätzen und bewährt sich seit Jahren vor allem bei niederschweligen Problemen im öffentlichen Raum. So werden etwa auffällige Personen auf Fehlverhalten aufmerksam gemacht und für verantwortungsvolles Verhalten sensibilisiert. Immer häufiger behandeln die PINTO-Mitarbeitenden auch Beschwerden aus der Bevölkerung und aus dem Gewerbe. Das Kerngeschäft von PINTO ist die Präsenz in der Innenstadt. Mit mehr personellen Ressourcen, wie der Gegenvorschlag sie vorsieht, kann PINTO hier nicht nur seine Einsatzzeiten am späten Abend verlängern und die Interventionen an neuralgischen Orten verstärken, sondern auch in den Aussenquartieren tätig werden, wie dies zunehmend gewünscht wird.

## **Angemessen und systemkonform**

Der Gegenvorschlag gewährleistet eine angemessene Erhöhung der personellen und finanziellen Ressourcen für die Verstärkung der sichtbaren Polizeipräsenz und der Gewaltprävention sowie der Aktivitäten von PINTO. Er zielt vom Grundsatz her in die gleiche Richtung wie die Initiative – Verbesserung des allgemeinen Sicherheitsgefühls der Bevölkerung –, wirkt jedoch mit der Kombination von mehr Fusspatrouillen der Kantonspolizei und mehr PINTO-Präsenz in einer bereits gut funktionierenden Zusammenarbeit ganzheitlich und vernetzt.

Zudem vermeidet er die Festschreibung starrer Stundenzahlen in der Gemeindeordnung und entspricht dem zwischen Stadt und Kanton mit dem Projekt «Police Bern» vereinbarten Steuerungsmodell.

Schliesslich garantiert er mehr Sicherheitsleistungen für bedeutend tiefere Kosten: Der Gegenvorschlag lässt sich mit Mehrkosten von jährlich 2,2 Mio. Franken umsetzen; bei Annahme der Initiative entstehen Zusatzkosten von 5,8 Mio. Franken pro Jahr.

# Die Initiative und der Gegenvorschlag im Vergleich

Initiative	Gegenvorschlag
<p>Inhalt: Bestellung bei der Kantonspolizei von mindestens 110 000 Stunden sichtbare Präsenz und mindestens 25 000 Stunden Gewaltprävention pro Jahr.</p>	<p>Inhalt: Gestaffelte Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz um 10 000 Stunden im Jahr 2012 und um 20 000 Stunden ab dem Jahr 2013. Ausserdem Aufstockung von PINTO um 240 Stellenprozente ab dem Jahr 2010.</p>
<p>Kosten: jährlich 5,8 Mio. Franken (ohne Teuerung)</p>	<p>Kosten: jährlich höchstens 2,2 Mio. Franken (ohne Teuerung)</p>
<p>Umsetzung: Die Umsetzung erfordert eine Rekrutierung von ca. 40 Polizistinnen und Polizisten. Dies dauert mindestens 3 Jahre. Ausserdem ist eine Anpassung des Ressourcenvertrags mit dem Kanton erforderlich.</p>	<p>Umsetzung: Die Aufstockung von PINTO erfolgt im Jahr 2010. Der Ausbau der Fusspatrouillenpräsenz der Kantonspolizei erfolgt ab 2012. Hiezu schliesst der Gemeinderat mit dem Kanton eine Zusatzvereinbarung zum Ressourcenvertrag ab.</p>
<p>Wirkung des Entscheids der Stimmberechtigten: Die Gutheissung der Initiative führt zu einer Verankerung der Anzahl Stunden Präsenz und Gewaltprävention in der Gemeindeordnung. Die Zusatzkosten von 5,8 Mio. Franken stellen damit eine gebundene Ausgabe dar, welche der Gemeinderat beschliessen kann.</p>	<p>Wirkung des Entscheids der Stimmberechtigten: Mit der Gutheissung des Gegenvorschlags ermächtigen die Stimmberechtigten den Gemeinderat, die Zusatzvereinbarung zum Ressourcenvertrag mit dem Kanton Bern abzuschliessen, welche für eine Erhöhung der Polizeipräsenz in der Stadt Bern nötig ist.</p>

## Was geschieht nach der Abstimmung?

Unabhängig vom Ausgang der Abstimmung über die Initiative wird das Thema «Sicherheit in der Stadt Bern» in den nächsten Jahren auf der Traktandenliste der städtischen und kantonalen Behörden verbleiben:

Wenn die Stimmberechtigten die Initiative annehmen, wird die Stadt mit dem Kanton umgehend über eine entsprechende Anpassung des Ressourcenvertrags verhandeln müssen. Die Kantonspolizei hat deren Folgekosten (Personal- und Sachkosten) auf 5,8 Mio. Franken plus Teuerung berechnet. Um einen Betrag in dieser Grössenordnung müsste die von der Stadt Bern zu entrichtende Pauschalabgeltung aufgestockt werden. Die Rekrutierung des zusätzlichen Personals, das die Kantonspolizei für das Erbringen der bestellten Mehrleistungen benötigte, würde mehrere Jahre dauern.

Bei einer Annahme des Gegenvorschlags werden die vorgesehenen Massnahmen so

rasch wie möglich umgesetzt: Die Aufstockung der personellen Ressourcen bei PIN-TO kann bereits für 2010 wirksam werden. Für den Ausbau der Fusspatrouillen-Präsenz durch die Kantonspolizei um 10 000 Stunden im Jahr 2012 und um 20 000 Stunden jährlich ab 2013 ist eine Ergänzung des bestehenden Ressourcenvertrags erforderlich. Der Kanton hat seine Bereitschaft zu einer entsprechenden Zusatzvereinbarung zugesichert. Mit der Gutheissung des Gegenvorschlags wird der Gemeinderat zum Abschluss einer Zusatzvereinbarung ermächtigt.

Wird sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag abgelehnt, wird es kurzfristig zu keiner Änderung des Ressourcenvertrags und somit auch nicht zur Erhöhung der Abgeltung an die Kantonspolizei (abgesehen vom Teuerungsausgleich) kommen. Ebenfalls wird die sichtbare Polizeipräsenz im heutigen Rahmen (jährlich rund 70 000 Stunden) bestehen bleiben.

# Mehrheits- und Minderheitsstandpunkte im Stadtrat

## Argumente für die Initiative

Die Initiative fordert nicht nur mehr sichtbare Polizeipräsenz. Es werden auch mehr Stunden im Bereich der Gewaltprävention gefordert. Beides braucht es. Vor allem gilt es im Bereich der sichtbaren Präsenz aufzuholen.

Eine Erhöhung des Bestandes um 40 Polizisten oder 6 Prozent ist angebracht und nicht überrissen.

## Argumente gegen die Initiative

Die Initiative bedeutet eine massive Erhöhung der Sicherheitskosten in der Stadt. Die Mehrkosten von rund 5.8 Mio. Franken würden die finanzielle Belastung pro Einwohner/ Einwohnerin von aktuell 231 auf 278 Franken erhöhen.

Die Initianten ignorieren, dass die Stadt Bern objektiv gesehen puncto Sicherheit gut dasteht.

Es wäre fahrlässig, die Polizeipräsenz in der Verfassung zu verankern, denn Sicherheit ist eine laufend zu überprüfende und der aktuellen Situation anzupassende Tätigkeit.

## Argumente für den Gegenvorschlag

Beim Gegenvorschlag handelt sich um eine konkrete und effiziente Steuerung der Sicherheit. Er hat einen gesamtheitlichen Sicherheitsansatz. Dank Staffelung lässt er sich rascher umsetzen als die Initiative.

Der Gegenvorschlag bietet ganzheitliche und der Problematik angemessene Lösungen an. Er stellt eine flexible Lösung dar, die abgeändert werden kann, wenn es die Situation erfordert. Der Gegenvorschlag trägt der Unterschiedlichkeit von strategischen und operativen Aufgaben Rechnung.

## Argumente gegen den Gegenvorschlag

Der Gegenvorschlag des Gemeinderates verdient diesen Namen nicht, weil er keine einzige neue Idee bringt: Zweimal sechs Polizisten mehr plus gut zwei Leute von PINTO – das ist ein rein abstimmungstaktisch motivierter Alibivorschlag. Er dient nur dem Ziel die Initiative zu bekämpfen.

Für uns ist dieser Gegenvorschlag unverständlich, denn er ist kein ganzheitliches Konzept und steuert in dieselbe Richtung wie die Initiative, nur leicht abgeschwächt.

**Abstimmungsergebnis im Stadtrat:**  
**Initiative: 31 Ja, 39 Nein, 2 Enthaltungen**  
**Gegenvorschlag: 36 Ja, 34 Nein, 1 Enthaltung**

# Antrag

## Antrag 1

(Initiative)

Der Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten mit 31 Ja- gegen 39 Nein- Stimmen bei 2 Enthaltungen den folgenden

## Beschluss

zu fassen:

Die Initiative «Für eine sichere Stadt Bern» wird abgelehnt.

## Antrag 2

(Gegenvorschlag)

Der Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten mit 36 Ja- gegen 34 Nein- Stimmen bei 1 Enthaltung den folgenden

## Beschluss

zu fassen:

1. Der Gegenvorschlag zur Initiative «Für eine sichere Stadt Bern» mit dem Leistungsausbau bei der Kantonspolizei und bei PINTO wird angenommen.
2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die Zusatzvereinbarung zum Ressourcenvertrag mit dem Kanton Bern betreffend Erhöhung der Polizeipräsenz in der Stadt Bern abzuschliessen.

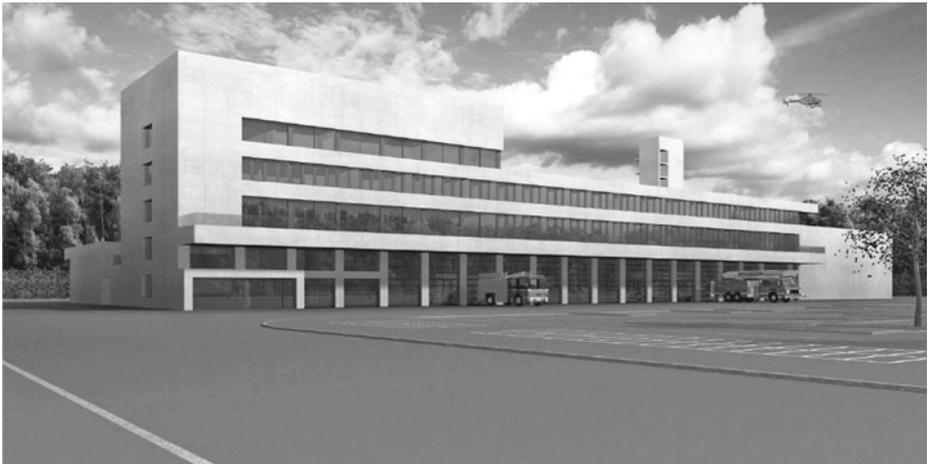
Bern, 12. November 2009

Im Namen des Stadtrats

Der Stadtratspräsident:  
Dr. Ueli Haudenschild

Der stellvertretende Ratssekretär:  
Daniel Weber

## **Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West: Neubau; Baukredit**



Ansicht von der Murtenstrasse aus: Neuer Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West mit Haupttrakt (Vordergrund), Werkstättentrakt (hinten links sichtbar) und Übungsturm (hinten rechts).

# Warum eine Volksabstimmung?

Der Ersatz der Feuerwehrkaserne an der Viktoriastrasse 70 durch einen neuen Feuerwehrtstützpunkt für die Berufsfeuerwehr der Stadt Bern in Forsthaus West kostet rund 53,9 Mio. Franken (Kostendach). Finanziert und erstellt wird die neue Anlage durch die Stadtbauten Bern, welche die Anlage anschliessend der Stadt vermietet. Für die Bewilligung dieses Baukredits ist grundsätzlich der Stadtrat zuständig. Der Stadtrat hat jedoch beschlossen, die Kreditvorlage freiwillig den Stimmberechtigten zum Entscheid zu unterbreiten. Er trägt damit dem Umstand Rechnung, dass in der Abstimmungsbotschaft zum Zonenplan «Neuer Infrastrukturstandort Forsthaus West» vom 24. Februar 2008 die voraussichtlichen Baukosten des neuen Feuerwehrtstützpunkts mit ca. 35 Mio. Franken – also deutlich tiefer als inzwischen errechnet – beziffert worden sind.

Inhalt	Seite
Das Wichtigste auf einen Blick	17
Neuer Infrastrukturstandort Forsthaus West	18
Neuer Feuerwehrtstützpunkt Forsthaus West	19
Klar, funktionell und geschickt gestaltet	20
Ansicht und Situationsplan	21
Zusammenstellung der Kosten und Folgekosten	22
Ablehnung hätte einschneidende Konsequenzen	23
Mehrheits- und Minderheitsstandpunkte im Stadtrat	24
Antrag	25

## Mehr Informationen

Eine Abstimmungsbotschaft kann nur summarisch orientieren. Wer detailliertere Informationen zum Projekt für den neuen Feuerwehrtstützpunkt Forsthaus West wünscht, wende sich an das

**Generalsekretariat der  
Direktion für Sicherheit  
Umwelt und Energie  
Nägeligasse 2  
Postfach, 3000 Bern 7**

**Tel.: 031 321 50 05  
E-Mail: sue@bern.ch**

# Das Wichtigste auf einen Blick

**Die Stimmberechtigten haben sich am 24. Februar 2008 für das Forsthaus West als Infrastrukturstandort für die neue Kehrichtverwertungsanlage und den neuen Feuerwehrstützpunkt entschieden. Nun geht es darum, für den Bau des neuen Stützpunkts den Baukredit von 53,9 Mio. Franken (Kostendach) zu bewilligen. Die Planungsphase für den neuen Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West ist abgeschlossen, die Baubewilligung für das Projekt liegt vor.**

Mit der Annahme der Umzonungsvorlagen Forsthaus West und Viktoriastrasse 70 haben die Stimmberechtigten der Verlegung des Feuerwehrstützpunkts im Februar und im November 2008 bereits zweimal grundsätzlich zugestimmt. Während der Neubau der Kehrichtverwertungsanlage (KVA) bereits realisiert wird, muss beim Feuerwehrstützpunkt nun vor Baubeginn der erforderliche Kredit bewilligt werden.

Die angestrebte Verlegung des Stützpunkts der Berufsfeuerwehr von der Viktoriastrasse 70 an den neuen Infrastrukturstandort Forsthaus West bringt wesentliche Vorteile:

- Von Forsthaus West aus kann die Feuerwehr im Alarmfall das ganze Stadtgebiet innerhalb der vorgeschriebenen Interventionszeiten erreichen, was mehr Sicherheit, vor allem für den sich stark entwickelnden Westen (Brünnen), bedeutet.
- Die Berufsfeuerwehr erhält mit dem neuen Stützpunkt moderne Räume, Ausbildungsanlagen und Einrichtungen. Die ständige Einsatzbereitschaft und der hohe Ausbildungsstandard können wesentlich besser gewährleistet werden als am alten Standort.
- Die unmittelbare Nachbarschaft der beiden in Forsthaus West projektierten Grossbauvorhaben Feuerwehrstützpunkt und KVA (Kehrichtverwertungsanlage mit Holzheizkraftwerk, Gas- und Dampfkombikraftwerk) ermöglicht die Nutzung von Synergien beim Bau, bei der

Erschliessung und beim Betrieb der beiden wichtigen städtischen Infrastrukturanlagen.

- Durch die Verlegung der KVA und der Feuerwehrkaserne nach Forsthaus West werden zentrumsnahe Gebiete von Immissionen (Lärm, Verkehr) entlastet und frei für die Umwandlung in attraktive Wohn- und Arbeitsstandorte.
- Auch Synergiemöglichkeiten mit dem neuen Sanitätsstützpunkt an der Murtenstrasse werden geprüft.

## Kosten und Folgekosten

Die Gesamtkosten für die Ausführung des bewilligten Projekts (verbindliches Kostendach) sind inkl. Mehrwertsteuer aber exkl. Teuerung auf 53,9 Mio. Franken berechnet worden. Dieser Betrag enthält auch die Projektierungskosten von 3,075 Mio. Franken.

Unabhängige Stellen haben die Kosten überprüft und bestätigt. Spar- und Redimensionierungsmöglichkeiten wurden vollständig ausgeschöpft. Flächenmässig sind im Projekt keine Reserven enthalten.

Aus der vorgesehenen Investition ergeben sich für die Berufsfeuerwehr voraussichtliche Mietkosten von 2,22 Mio. Franken pro Jahr, die jedoch durch den Wegfall heutiger Mietverhältnisse zu einem grossen Teil kompensiert werden können. Es resultieren somit mittelfristig zusätzliche Mietfolgekosten in der Höhe von 700 000 Franken.

## Abstimmungsempfehlung

Der Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten mit 72 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen, die Baukreditvorlage für den Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West anzunehmen.

# Neuer Infrastrukturstandort Forsthaus West

**Mit dem Neubau des Feuerwehrstützpunkts in Forsthaus West erhält die Berufsfeuerwehr Bern optimale Voraussetzungen für die Erfüllung ihrer vielseitigen Aufgaben. Und das Areal der alten Feuerwehrekaserne an der Viktoriastrasse 70 kann in einen attraktiven, zentrumsnahen Wohn- und Arbeitsstandort umgewandelt werden.**

Von ihrem heutigen Standort aus kann die Berufsfeuerwehr bei Brandfällen vor allem die westlichen Teile des Stadtgebiets schon seit Jahren nicht mehr in der vorgeschriebenen Interventionszeit erreichen.

## Mängel am alten Standort

Die Anlagen an der Viktoriastrasse weisen Mängel auf, die der Berufsfeuerwehr ihre Arbeit für die Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung erschweren:

- Die Gebäude sind nach über 70jähriger intensiver Beanspruchung am Ende ihrer Nutzungsdauer angelangt. Sie müssen entweder umfassend und mit entsprechend hohen Kosten saniert und erweitert oder aber ersetzt beziehungsweise verlegt werden.
- Die Einrichtungen für die kasernierten Feuerwehrleute entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen.
- Die Kaserne wurde 1936 für 25 Korpsangehörige gebaut. Heute arbeiten über 100 Berufsfeuerwehrleute an diesem Standort. Betrieb und Ausbildung der Berufsfeuerwehr sind wegen der engen Platzverhältnisse nur noch mit wesentlichen Einschränkungen möglich und für das Quartier oft belastend.
- Die Abteilung Feuerwehr, Zivilschutz und Quartieramt ist mangels Platz an der Viktoriastrasse 70 auf verschiedene Standorte verteilt, was entsprechende Synergieverluste bewirkt.

Im Jahr 2004 wurde ein Versuch mit einer zweiten ständig besetzten Wache in Bümpliz unternommen. Der Versuch musste abgebrochen werden, weil sich der zweite Standort als zu aufwendig, zu teuer und organisatorisch sowie führungstechnisch unbefriedigend erwies.

## Optimaler neuer Standort

Eine umfassende Standortevaluation hat zur Erkenntnis geführt, dass sich die Probleme der Berufsfeuerwehr im Infrastrukturstandort Forsthaus West, wo die neue Kehrichtverwertungsanlage (KVA) gebaut wird, optimal lösen lassen: Hier können KVA und Feuerwehr unter besten Rahmenbedingungen neue Anlagen für ihre Bedürfnisse erstellen und dabei betriebliche und wirtschaftliche Synergien nutzen. Zugleich wird nach ihrer Verlagerung das Wohnumfeld an ihren bisherigen Standorten von Immissionen entlastet und freigemacht für Aufwertungsmaßnahmen zugunsten des Wohnens.

## Schon zweimal Ja

Am 24. Februar 2008 haben sich die Stimmberechtigten der Stadt Bern mit der sehr deutlichen Annahme der Planungsvorlage Neuer Infrastrukturstandort Forsthaus West hinter dieses Verlagerungskonzept für die Kehrichtverwertungsanlage und die Berufsfeuerwehr gestellt und gleichzeitig bestätigt, dass die bisherigen Standorte zugunsten des Wohnens umgenutzt werden sollen. Noch im gleichen Jahr, am 30. November 2008, gaben die Stimmberechtigten mit der Zustimmung zum Zonenplan Feuerwehrekaserne Viktoriastrasse 70 / 70a auch grünes Licht für die konkrete Planung des neuen Feuerwehrstützpunkts Forsthaus West. Für das Projekt der Feuerwehr liegt die Baubewilligung seit Juni 2009 vor. Mit den Arbeiten für die Realisierung des KVA-Projekts wurde bereits begonnen.

# Neuer Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West

**Der neue Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West muss vielfältige Bedürfnisse erfüllen und sowohl konzeptionell als auch bezüglich Gestaltung und Einrichtung höchsten Anforderungen genügen.**

Das Einsatzgebiet der Berufsfeuerwehr umfasst nicht nur das Stadtgebiet. Sie wird nach dem kantonalen Stützpunktkonzept auch für schwierige Personen- und Tierrettungen, Öl- und Chemieunfälle sowie bei radioaktiven, biologischen und weiteren Bedrohungen im Mittelland, Emmental und Oberaargau aufgeboten.

## Ausbildung und Ausrüstung

Diese Aufgabenbreite bedingt einerseits eine umfassende und gleichzeitig spezialisierte Ausbildung. Diese soll nach Möglichkeit im Stützpunktareal erfolgen, damit die Verfügbarkeit der Feuerwehrleute im Alarmfall jederzeit gewährleistet ist.

Andererseits benötigt die Berufsfeuerwehr eine breite Palette von Rettungs- und Schutzmaterial sowie entsprechende Fahrzeuge und Geräte, die laufend gereinigt, unterhalten und wenn nötig in entsprechenden Werkstätten repariert werden müssen.

## Zweites Zuhause

Weitere Ansprüche an den Feuerwehrstützpunkt ergeben sich aus dem Umstand, dass Einsätze der Berufsfeuerwehr an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr sichergestellt sein müssen. Die Feuerwehkaserne ist daher nicht nur eine Arbeitsstätte mit Werk- und Einstellplätzen für Personal und Material, sondern auch ein zweites Zuhause für die Feuerwehrleute, die ihre 24-Stunden-Dienste leisten.

Der neue Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West ist demnach

- Einsatzkaserne, Ausbildungsplattform, Werk-,

Aufenthalts-, Einsatz- und Lagerstätte;

- eine dauernd belegte Einrichtung im höchsten Bereitschaftsgrad, was eine einsatzbezogene Vernetzung aller Betriebseinheiten untereinander und optimal kurze Wege von den Ausbildungs-, Werk- und Aufenthaltsräumen zur zentralen Ausfahrstelle voraussetzt (Ausrückzeit ab Alarm: 120 Sekunden!);
- die Basis für die räumliche Zusammenführung der Feuerwehr mit den Bereichen Zivilschutz und Quartieramt.

Durch die Lage des Stützpunkts im neugeschaffenen Infrastrukturstandort Forsthaus West ist gewährleistet, dass die Berufsfeuerwehr innerhalb der vorgegebenen Zeiten alle Stadtteile sowie das Auto- und Eisenbahnnetz erreichen kann.

## Bauherren spannen zusammen

Realisiert werden soll das Projekt Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West von den Stadtbauten Bern. Für die Erschliessung des Standorts Forsthaus West haben sich die Unternehmungen Stadtbauten Bern und Energie Wasser Bern zu einer Bauherrengemeinschaft zusammengeschlossen. Dies bringt beiden Beteiligten Kostenvorteile. So baut Energie Wasser Bern am selben Standort die neue Kehrrichtverwertungsanlage mit einem Holzheizkraftwerk sowie einem Gas- und Dampfkombikraftwerk.

## Gemeinsame Infrastruktur

Die gemeinsamen Infrastruktureinrichtungen und flankierenden Massnahmen umfassen die ökologische Aufwertung des Gebiets Jordanweiher, die Aufforstungen in Kiesen, Umbau- und Anpassungsmassnahmen an der Murtenstrasse, eine gemeinsame Zufahrt und gemeinsame Parkplätze, die Arealerschliessung mit Werkleitungen und den Bau einer neuen Abwasserleitung vom Forsthaus West zur ARA Bern-Neubrück.

# Klar, funktionell und geschickt gestaltet

**Das aus einem Architekturwettbewerb hervorgegangene Projekt für den neuen Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West besticht durch die funktionelle und durchdachte Aufteilung der Arbeits-, Wohn- und Aufenthaltsräume und nimmt besondere Rücksicht auf die exponierte Lage des Gebäudes im Wald.**

Für den neuen Infrastrukturstandort Forsthaus West wird ein 5,8 ha grosses Waldstück zwischen der Autobahn und der Murtenstrasse im Gebiet Forsthaus gerodet. Der Feuerwehrstützpunkt soll zwischen dem bestehenden Werkhof des Tiefbauamts und der Abfallentsorgung an der Ecke Murtenstrasse / Autobahnzufahrt Forsthaus und dem weiter westlich anschliessenden Neubau der Kehrichtverwertungsanlage (KVA) erstellt werden.

## **Landschaftsschonend gestaltet**

Das im Architekturwettbewerb ausgewählte Projekt nimmt grosse Rücksicht auf die besondere Lage im Wald und beansprucht nur minimale Rodungsfläche.

Im Verlauf der Projektierung wurde die Anlage gebäude- und energietechnisch weiterentwickelt, Kosten und Nutzen optimiert und die Möglichkeiten für Synergieeffekte in Bau und Betrieb mit den benachbarten Grossanlagen evaluiert.

## **Einsatz – Wohnen – Büroarbeit**

Der *Haupttrakt* ist auf die Schwerpunkte Einsatz, Wohnen und Büroarbeit ausgerichtet: Über der Feuerwehreinsatzleitzentrale (Tel. 118) und der für 15 Einsatzfahrzeuge dimensionierten, zentralen Ausfahrhalle im Erdgeschoss sind die Schlaf- und Aufenthaltsräume angeord-

net. Im zweiten Obergeschoss finden sich Räume für Führung, Planung und Administration. Darüber liegt ein zentraler Schulungsraum. Von allen Obergeschossen führen Rutschstangen direkt in die Fahrzeughalle. Längsseitig an diese angedockt ist der Werkstättentrakt für den Fahrzeug-, Geräte- und Materialunterhalt.

## **Ausbildung und Training**

Eine *Allzweckhalle* dient primär der Ausbildung an Fahrzeugen und Geräten sowie dem körperlichen Training der Feuerwehrleute. Am und im rund 35 m hohen Turm wiederum können Höhen- und Tiefenrettungen sowie Treppenhauseinsätze wirklichkeitsnah geübt werden. Weitere Ausbildungs- und Trainingsanlagen befinden sich im östlichen Teil des Areals. Unter anderem ermöglicht hier ein unterirdisches Röhrensystem das Üben von Rettungseinsätzen unter erschwerten Bedingungen.

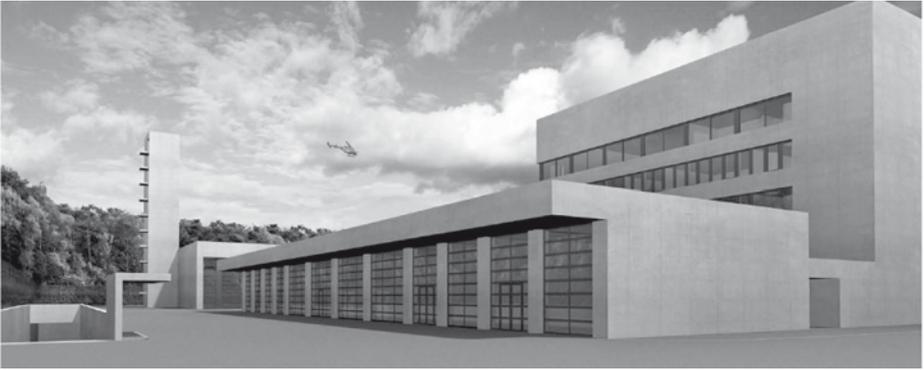
Im *Untergeschoss* sind eine Einstellhalle für den ergänzenden Einsatzfahrzeugpark, Garderoben und Lager sowie Technikräume untergebracht.

## **Minergie-Standard**

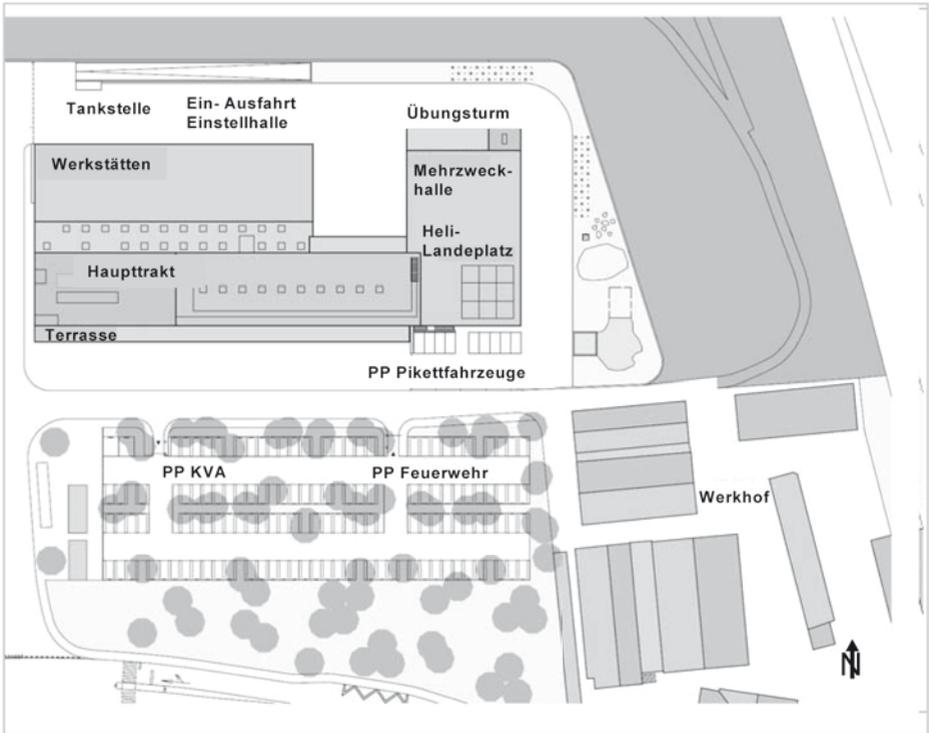
Mit Ausnahme der Ausfahrhalle, wo es wegen der einsatzbedingt häufig offenen Tore keinen Sinn machen würde, soll der ganze Gebäudekomplex nach Minergie-Standard gebaut werden. Zudem plant Energie Wasser Bern auf dem Dach des Feuerwehrstützpunkts eine Fotovoltaikanlage zu installieren und zu betreiben.

## **Öffentliche Ausschreibung**

Nach der Bewilligung des Baukredits werden die Bauarbeiten öffentlich ausgeschrieben. Die Gesamtleitung des Planungsteams für die Ausführungsphase wird in einem Ausschreibungsverfahren bestimmt.



Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West mit Haupttrakt (rechts) und angegliedertem Werkstattentrakt, links der Übungsturm und die Einfahrt in die unterirdische Einstellhalle.



Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West: Situationsplan.

## Zusammenstellung der Kosten und Folgekosten

Das Kostendach für die Ausführung der vorgesehenen Massnahmen beträgt einschliesslich der Mehrwertsteuer aber ausschliesslich der Teuerung 53,9 Mio. Franken (Index 122.2 Punkte). Die bereits bewilligten Projektierungskredite von 3,075 Mio. Franken sind in diesem Betrag enthalten.

Die <i>Kosten</i> gliedern sich wie folgt:	Fr.
Grundstück	2 939 000.00
Vorbereitungsarbeiten	2 882 000.00
Gebäude	31 194 000.00
Betriebseinrichtungen	4 994 000.00
Umgebung	2 936 000.00
Baunebenkosten	3 794 000.00
Reserve	2 275 000.00
Ausstattung	2 886 000.00
<b>Total Anlagekosten</b>	<b>53 900 000.00</b>

Unabhängige Stellen haben die Kosten überprüft, mit Benchmarks verglichen und mit einer möglichen Abweichung von +/- 10 Prozent als zutreffend bestätigt. Spar- und Redimensionierungsmöglichkeiten wurden in einem mehrstufigen Verfahren vollständig ausgeschöpft. Die in der Abstimmungsbotschaft zum Zonenplan mit Überbauungsordnung Forsthaus West seinerzeit genannten voraussichtlichen Kosten von ca. 35 Mio. Franken für den neuen Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West entsprachen einem veralteten Stand der Investitionsplanung und basierten auf einer Grobschätzung. Sie berücksichtigten weder die Erschliessungskosten noch die konkrete Projektgestaltung und auch nicht die aufgelaufene Bauteuerung.

### *Finanzierung*

Die baulichen Massnahmen werden durch die Stadtbauten Bern (Grund- und Werkeigentümerin) finanziert und der Stadt (Feuerwehr) über die Mietkosten in Rechnung gestellt. Diese sind in der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung 2010-2013 vorgesehen.

<i>Jährliche Mietfolgekosten</i>	Fr.
Flächenmiete	1 120 150.00
Heiz- und Betriebskosten	228 000.00
Hauswartung und Infrastrukturbetrieb	272 000.00
Amortisation und Verzinsung der Ausstattung	598 590.00
<b>Voraussichtliche Mietfolgekosten pro Jahr</b>	<b>2 218 740.00</b>

Demgegenüber entfallen die bisherigen Mietkosten an der Viktoriastrasse 70 sowie von weiteren Infrastrukturstandorten der Abteilung Feuerwehr, Zivilschutz und Quartieramt, die mittelfristig in den neuen Standort integriert werden, im Umfang von rund 1,5 Mio. Franken. Somit erhöhen sich mittelfristig die jährlichen Mietfolgekosten insgesamt um 700 000 Franken.

# Ablehnung hätte einschneidende Konsequenzen

## **Eine Ablehnung des Baukredits für den neuen Feuerwehrstützpunkt Forsthaus West hätte einschneidende Konsequenzen.**

Grundsätzlich besteht Konsens, dass der neue Feuerwehrstützpunkt nötig ist und realisiert werden soll. So haben die Stimmberechtigten die Zonenplanvorlagen für den neuen Infrastrukturstandort für KVA / Feuerwehr und für die Umwandlung des Areals in einen Wohn- und Gewerbestandort mit deutlichen Ja-Mehrheiten gutgeheissen. Sollte die Realisierung des neuen Feuerwehrstützpunkts nun an einem Nein zum Baukredit scheitern, hätte dies für die Feuerwehr, den neuen Infrastrukturstandort Forsthaus West und für die ganze Stadt schwerwiegende Folgen:

- Die zeitgerechte Versorgung vor allem des westlichen Stadtgebiets mit Feuerwehr- und Rettungsleistungen wäre weiterhin und wohl auf Jahre hinaus nicht möglich.
- Die Feuerwehrkaserne an der Viktoriasstrasse müsste bei laufendem Betrieb umgebaut werden. Dabei wäre mit Kosten im zweistelligen Millionenbereich zu rechnen, ohne dass die heutigen Anforderungen an die Gebäudesicherheit und die betrieblichen Bedürfnisse der Feuerwehr vollständig erfüllt werden könnten.

- Die Ausbildung der Feuerwehrleute wäre am jetzigen Standort nur beschränkt möglich und müsste an externen Standorten kosten- und personalaufwändig ergänzt werden.
- Die Abteilung Feuerwehr- Zivilschutz und Quartieramt wäre weiterhin auf verschiedene Standorte verstreut, könnte organisatorisch nicht zusammenwachsen und die möglichen Synergien nicht nutzen.
- Die bisher aufgelaufenen Projektierungskosten von über 3 Mio. Franken sowie die Kosten für die Erschliessung des Standorts Forsthaus West wären verloren.
- Das erhebliche Synergiepotenzial beim Bau und Betrieb der benachbarten Grossanlagen KVA und Feuerwehrstützpunkt könnte nicht genutzt werden.
- Die Umnutzung des Areals Viktoriasstrasse 70 gemäss dem von den Stimmberechtigten angenommenen Zonenplan zu einem attraktiven durchmischten Wohn- und Arbeitsstandort wäre nicht möglich: Die emissionsträchtige Feuerwehr verbliebe mitten im Wohnquartier.

**Für die Stadt Bern wäre eine Verwerfung der Baukreditvorlage ebenso belastend wie für die Berufsfeuerwehr Bern, die zentrale Dienstleistungen für den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung in der Stadt und ganzen Region Bern erbringt.**

# Mehrheits- und Minderheitsstandpunkte im Stadtrat

## Argumente für die Vorlage

Das Forsthaus West scheint der richtige Standort zu sein für eine zeitgerechte Versorgung des Westens von Bern, für eine effiziente Prozessgestaltung und für eine angemessene Infrastruktur. Es können Synergiegewinne ermöglicht werden, was sich positiv auf die Wirtschaftlichkeit auswirkt.

Es ist unbestritten, dass es einen neuen Feuerwehstützpunkt braucht. Die Platzverhältnisse sind im alten Stützpunkt zu eng, die Lage neben einem Schulhaus ist ungünstig. Der neue Standort erlaubt es, den Westen von Bern besser abzudecken.

Es macht Sinn, emissionsträchtige Einrichtungen an den Stadtrand zu verschieben. Auch die Nähe zur Autobahn macht Sinn, da der Feuerwehstützpunkt auch Aufgaben für den Kanton übernimmt. Bessere Platzverhältnisse werden es zudem erlauben, mehr Frauen in die Feuerwehr zu integrieren.

## Argumente gegen die Vorlage

Es darf nicht sein, dass man nach dem genau gleichen Schema wie beim BärenPark erneut eine Kreditvorlage mit der gleichen Organisation beschliesst und so tut, wie wenn nichts passiert wäre.

**Abstimmungsergebnis im Stadtrat:**  
**72 Ja-Stimmen**  
**2 Nein-Stimmen**

# Antrag

Der Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten mit 72 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen den folgenden

## Beschluss

zu fassen:

1. Für den Bau des Feuerwehrstützpunkts Forsthaus West wird ein Kredit von Fr. 53 900 000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung Stadtbauten Bern, Konto PB06-042, in Form eines verbindlichen Kostendachs zuzüglich einer allfälligen Bauteuerung bewilligt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Bern, 26. November 2009

Im Namen des Stadtrats

Der Stadtratspräsident:  
Dr. Ueli Haudenschild

Der stellvertretende Ratssekretär:  
Daniel Weber





